Die Posener Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme Montags.
Bestellungen nehmen alle Post-Anstalten des In- und Auslandes an.

# Posener Zeitung.

Das Abonnement beträgt vierteljährl. für die Stadt Posen 1 Rthlr., für ganz Preußen 1 Rthlr. 17 sgr. 6 pf.
Insertionsgebühren 1½ sgr. 3 pf. für die viergespaltene Zeile.

№ 19. Mittwoch den 24. Januar. 1849.

## Inland.

Posen, den 23. Januar. Bei den am gestrigen Tage vorgenommenen Wahlen für unseren Stadtbezirk sind zu Wahlmännern gewählt worden:

Bezirk 1. Lange, Gastwirth. Lipowitz, Chemiker. v. Eckardtberg, Rittmeister. Lange, Wachtmeister. Plathner, Baumeister. Samuel Reich, Müller. Stieber, Zimmerpolier. Schellenberg, Destillateur. Klug, Rentier. Dassel, Oberlandes-Gerichts-Rath.

Bezirk 2. Dr. Kramarkiewicz. Anton Sobecki. Propst Kamiński. Die 6 übrigen Wahlmänner dieses Bezirks haben nicht gewählt werden können, weil Störungen der gewaltsamsten Art (s. unter Lokales.) den Wahl-Commissarius Herrn Oekonomie-Rath Wendland nöthigten, die Versammlung aufzulösen.

Bezirk 3. Meisch. Gebhard. Director Kießling. Lüpke. Kuhm. Welst. O. W. Fiedler. Prediger Post.

Bezirk 4. Piotr Zaczyński. v. Słupecki. Teofil Kotowski. Józef Heichel. Karpiński. Budzyński. Antoni Seichter. Jan Przybylski. Zembrzuski.

Bezirk 5. Jonas, Apotheker. Blau, Goldarbeiter. Demmin, Messerschmidt. Altmann, Kaufmann. Czarnecki, Goldarbeiter. Die übrigen 4 Wahlmänner konnten gleichfalls wegen ausbrechenden Tumultes und nur mühevoll abgehaltener Gewaltakte nicht gewählt werden. Der Commissar, Stadtrath Thayler, mußte die Versammlung auflösen, sogar Wache requiriren.

Bezirk 6. Józef Szafarkiewicz. Sikorski. Koralewski. Ludwig Pawłowski. Kinosowicz. Prusinowski. Włościborski. Franz Jagielski. Joseph Krąkowski.

Bezirk 7. Dr. Neustadt. Stegemann, Schmidt. Weltinger, Schmidt. Hanke, Rechnungsrath. Zerpanowicz, Schornsteinfeger. Lischke, Schlosser. Dr. Jaffé. Neugebauer, Tischler.

Bezirk 8. (sogenanntes Geheimeraths-Viertel) Löschke, Tischler. v. Steinäcker, Generallieut. Barthold, Pflanzungsinspektor. Kretschmer, Regierungsrath. Hildebrand, Gastwirth. Guderian, Bürgermeister. Klee, Regierungsrath. Cranz, Konsistorialrath. Hirsch, Polizeirath. v. Bünting, Regierungsrath.

Bezirk 9. Küttner, Rath. Günther, Klempner. Kaatz. Dr. Ordelin. Hausleutner. Falk Fabian. Kühn, Töpfer. Herrmann Bielefeld. Schwarz, Gastwirth. Professor Müller.

Bezirk 10. Gerstel, Tischler. Herzberg, Assessor. Scheller, Schmidt. Hauptmann Pistorius. Behr, Gastwirth. Balan, Stellmacher. Blasche, Regierungs-Secretair. Ed. Mamroth, Kaufmann. In diesem Bezirk zeichnete für das Preuß. Kriegsschiff Herr Kaufmann Samuel Jaffé eine Lieferung Schiffsbauholz im Werthe von 50 Thalern, angewiesen auf Stettin.

Bezirk 11. Gustav Fliege. Dr. Handke. Leo Kantorowicz. Arnold Witkowski. Julius Scherk. Binder. Heinrich Rosenthal. Louis Wollenberg. August Leibing, Gürtler. August Herrmann.

Bezirk 12. Andreas Kretschmann. Heimann Markus. H. A. Damrosch. Isaak Wolff. Joh. F. Fischbach. H. Kantorowicz. L. Götz. Ephr. Renard.

Bezirk 13. Sal. Jaffé. S. L. Asch. N. Hamburger. Aaron Thorner. L. Levinsohn. Bernh. Jaffé. Sam. Landsberg. Lippmann Auerbach.

Bezirk 14. Wolkowitz. S. Lewi. Knorr. Treppmacher. Peter Lippmann. Vi. Breslauer. H. Mamroth.

Bezirk 15. D. G. Baarth. Abr. Asch. Fr. Kleemann. Raph. Rosenthal. C. Drewitz. H. Droste.

Bezirk 16. Berger, Kaufmann. Bielefeld, Kaufm. Graßmann, Kaufmann. Hertwig, Ober-Prediger. Sander, Kaufm. Schmidt, General-Kommissions-Sekretair.

Bezirk 17. Zegarowicz. Przybylski. Galężewski. Stojanowski. Kapuczyński. Leszczyński. Jankowski. Ant. Schneider. Słupecki. Przybylski.

Bezirk 18. Jabczyński. Brzeziński. Mieduszewski. Iwasiński. Czapiński. Karkuszewski. Buslaw. Kortak.

Bezirk 19. Heiducki. Małczewski. Bukowiecki. Duliński. Schultz. Poturalski. Cierpka.

Berlin, den 18. Januar. Bei unserm Polizeiministerium ist ein neues wunderliches Herald-Office gegründet worden, das sich vornehmlich mit dem Stammbaum der hervorragendsten Demokraten viel zu forschen macht. Die Regierung, oder wenigstens übereifrige Diener derselben wollen nämlich das Volk glauben machen, alle Demokraten seien entweder Franzosen oder Polen, oder Juden, während jeder vollblutige Conservative entweder in gerader Linie von Herrmann dem Cheruskerfürsten, oder in Seitenlinie von Odin und Freya abstammt, und nun sollen genealogische Untersuchungen die merkwürdigsten Resultate geliefert haben. So z. B. wäre Waldeck Jude gewesen und habe früher Edelhirsch geheißen, und der Oberpräsident Pinder stamme von jüdischer Familie ab, die ihren jüdischen Namen Pinkus in Pinder verwandelt habe! Als man in einem Kreise hoher Beamten einem geistreichen Mitgliede der Linken zu verstehen gab, daß man an seiner Urchristlichkeit zweifle, sagte er, er sei jetzt nicht Jude und sei nicht Jude gewesen, aber wenn er das Treiben vieler Christen noch lange mit ansehen müsse, so könnte es sein, daß er Jude werde! Daß unter den Juden mehr Demokraten sind, als verhältnißmäßig unter den Christen, ist nicht zu leugnen, aber die Demokratie liegt nicht in ihrem Blute, sondern in der frühern Ausschließung derselben von allen bürgerlichen Rechten und Vortheilen. In Frankreich ist das Verhältniß der politischen Farbe zwischen Juden und Christen nach 60jähriger Emancipation völlig gleich.

— Der Verbreiter der Enthüllungen des Planes zu einem angeblich im November v. J. beabsichtigt gewesenen Straßenkampf in Berlin, der Verein zur Wahrung der Interessen der Provinzen, hat seine Mittheilungen in Betreff einiger der von ihm dabei genannten Namen in der Berlinischen Zeitung bereits berichtigt. Außerdem erklären der Generalmajor Hochstetter und der Stud. jur. Wolff, die auch als Verschworene in den erwähnten Enthüllungen genannt waren, diese Angabe für eine böswillige und freche Verleumdung. Die Berlinische Zeitung fügt jetzt hinzu, daß sie selbst zu diesen Enthüllungen nicht in der entferntesten Beziehung stehe. Auch wolle sie sich jedes Urtheils darüber enthalten, ob diese Enthüllungen Wahrheit oder leere Erfindungen seien, während sie doch in ihrer gestrigen Nummer ihren guten Glauben an die Enthüllungen nicht verhehlte.

CC Berlin, den 20. Januar. Das Urtheil gegen die 5 Buchdruckergehülfen Jansen, Walter, Fröhlich, Dittmann und Magni ist gefällt. Der Gerichtshof nahm allerdings an, daß nur ein Polizeivergehen vorliege, hielt sich aber doch für competent, weil der Polizeianwalt die Sache auf seine Verantwortung anhängig zu machen sich geweigert hatte und er die nächst höhere Instanz ist. Der §. 182. der Gewerbeordnung müsse trotz des §. 4. des Gesetzes vom 6. April 1848 als bestehend angesehen werden, da letzteres nur diejenigen Vereine gestatte, welche den Strafgesetzen zuwider liefen und Polizeigesetze auch Strafgesetze wären (!). Wegen mildernder Umstände, zu denen namentlich die frühere Noth der Buchdruckergehülfen gerechnet wurde, ist ein geringes Strafmaß gewählt und gegen alle fünf für schuldig Erfundene auf 14 Tage Gefängniß erkannt worden.

Die Angeklagten werden gegen dies Urtheil Berufung einlegen. Die Sittenfeld'sche Buchdruckerei wird in diesen Tagen die dritte Nummer der demokratischen Enthüllungen ausgeben. Der erstaunten Welt wurden bereits so schreckliche Dinge von mordbrennerischen Plänen der radicalen Ultras erzählt, daß wir auf die Fortsetzung jener Enthüllungen gespannt sind.

Das Gerücht von einem Ministerium Camphausen, welches gestern unsere Salonspolitiker wie ein Blitz aus heiteren Höhen überraschte, hat sich heute bereits wieder verloren.

PC Berlin, den 20. Jan. Vorgestern Abend besuchten der König und die Königin das Opernhaus, wo zu des hochverdienten Sängers Bader Abschieds-Benefiz „Richard Löwenherz“ gegeben wurde. Es war seit den Märztagen das erste Mal, daß das Königspaar sich dort einfand. Bei seinem Erscheinen gerieth das ganze Haus, worin kein leerer Platz war und keine freien Entreen stattfanden, in die freudigste Bewegung. Alles erhob sich gleichzeitig von den Sitzen; die Tücher wurden geschwenkt; das „Heil Dir im Siegeskranz“ wurde laut begehrt und die Kapelle, welche bereits die Ouvertüre begann, stimmte das Lied an, welches von den Anwesenden, Oben und Unten, mit Begeisterung gesungen wurde, stets mit Hinblick und Winken nach der Königlichen Seitenloge. Der König grüßte zu wiederholten Malen dankend; Spuren der tiefsten Rührung waren an ihm sichtbar. Die Königin war beim ersten Anblick des Hauses so sehr bewegt, daß sie sich sogleich zurückzog. Nach dem ersten Akte verließen König und Königin das Haus, indem sie Herrn Badern versichern ließen, sie vermöchten in der Bewegung des Gemüths nicht länger der Aufführung beizuwohnen. Wer anwesend war, ist voll von dem Empfange; die ganze Vergangenheit und das Märtyrthum des edlen Königlichen Paars trat lebhaft vor die Seele; nicht der leiseste Mißlaut trübte den schönen Eindruck.

— Es ist von einigen Seiten als Befürchtung ausgesprochen, daß in mehreren Kreisen dieselbe Persönlichkeit zum Abgeordneten gewählt werde. Von solchen Befürchtungen weiß ein mündiges Volk nichts. Die Wahlen sind die eigentliche Volkssprache; durch sie macht die Nation sich verständlich, wem sie mehr oder minder vertraut. Abgesehen davon, daß, wenn sich ein Kreis auf den andern beruft, so vielleicht der tüchtigste und volksthümlichste Mann nirgend gewählt wird, möchte es bei den bevorstehenden Wahlen besonders von hoher Wichtigkeit sein, zu erfahren, welches die Männer sind, denen das Volk am meisten vertraut. Daß es diejenigen nicht sind, welche sich selbst „volksthümlich“ nennen, weil sie in sich vernarrt sein müssen, daß es nicht die Linken sind, die immer damit geprahlt haben, das ist bei der Steuergeschichte zu Tage gekommen. Die Männer, welche das Volk vorzieht, werden nicht einmal, nicht zweimal, sondern zehnmal, zwanzigmal gewählt werden. Und gegen Doppelwahlen eifern, das heißt: dem Volke den Mund verbinden!

R Berlin, den 20. Januar. Selbst der entschiedenste Gegner des jetzigen Ministeriums muß anerkennen, daß dasselbe in jedem seiner einzelnen Zweige eine außerordentliche Thätigkeit entwickelt. Fast kein Tag vergeht, wo nicht thatsächliche Beweise dieser Thätigkeit gegeben werden, und in so fern dürfte dieses Ministerium eher den auch gleich mit seinem ersten Auftreten übereinstimmenden Beinamen „des Ministeriums der That“ verdienen, als das Ministerium Hansemann, das sich diesen Beinamen selbst beigelegt. Bequeme Ruhepolster sind die jetzigen Ministerstühle nicht. Indeß darf man bei aller Anerkennung dieser rastlosen Thätigketi doch auch nicht verkennen, daß das Ministerium in vielfacher Beziehung nur, um einen trivialen Ausdruck zu gebrauchen, die Sahne oben abzuschöpfen braucht. Die meisten Anordnungen, Einrichtungen, Bestimmungen, Beschlüsse des Ministeriums, die in schneller Folge durch den Staats-Anzeiger uns gebracht werden, dürfen nicht rein als das Werk des Ministeriums angesehen werden, vielmehr sind es nur äußerst wenige, die nicht auf den Arbeiten der aufgelösten Nationalversammlung ruhen. Was man auch über die Nationalversammlung sagen mag, die Vorwürfe über ihre Unthätigkeit hat sie bei weitem nicht in dem Maaße verdient, als sie ihr gemacht sind. In den einzelnen Abtheilungen hat sie sehr tüchtig gearbeitet, und diese Vorarbeiten sind es, welche jetzt das schnelle Handeln des Ministeriums so ungemein erleichtern.

Die neue Organisation der Gerichtshöfe soll zum 1. April überall eingeführt werden. Es hat dies fast unüberwindliche Schwierigkeiten, und es wird daher das Ziel sicherlich nicht überall erreicht werden können. Mit der Provinz Brandenburg hofft man indeß zu Stande zu kommen, wiewohl selbst hier nach der Ansicht hochgestellter und einsichtsvoller Juristen ein völliger Rechtsstillstand (Justitium) von vier bis sechs Wochen die unausbleibliche Folge sein dürfte.

— Sehr viel wird hier die Neuwahl des Direktors der königstädtischen höhern Bürgerschule besprochen. Die städtische Schul-Deputation hatte zu dieser Stelle den ersten Lehrer des hiesigen Kölnischen Real-Gymnasiums, Professor Selckmann einstimmig dem Magistrate in Vorschlag gebracht. Der Magistrat aber ist auf diesen Vorschlag nicht eingegangen, sondern hat den Professor Dielitz von der Realschule, Abgeordneten-Stellvertreter der aufgelösten Nationalversammlung gewählt. Es wird dies als eine Demonstration des Magistrats ausgelegt nicht sowohl gegen den von der Schuldeputation Vorgeschlagenen, der die Achtung aller Parteien hat, als vielmehr gegen das Lehrerkollegium, in welchem einige Mitglieder durch zu starke politische Betheiligung die magistratliche Gunst verscherzt haben sollen. Diesen wird dadurch das Avancement unmöglich gemacht.

L Berlin, den 21 Januar. Gestern Abend zwischen 7 und 9 Uhr waren die meisten unserer Straßen wie ausgestorben, selbst die lebhaftesten, Königstraße, unter den Linden, u. dgl. waren menschenleer. Fast in allen Bezirken waren die letzten Vorversammlungen. Conditoreien, Kaffee- und Gasthäuser, Alles um diese Zeit leer, nur junge Leute unter 24 Jahren und Fremde traf man an. Morgen steht die Schlacht bevor. Das Ministerium macht sich nach einer Aeußerung des Herrn v. Manteuffel auf Alles gefaßt, es erwartet sogar, daß in der Kammer von einer Partei der Antrag wird gestellt werden, die Verfassung zu annulliren und das Ministerium selbst des Hochverraths anzuklagen. Dem gegenüber hofft es aber doch besonders durch die Abgeordneten der Provinzen eine starke Majorität zu erhalten.

Berlin, den 22. Januar. Das Correspondenz-Bureau enthält Folgendes: Das seit zwei Tagen schwebende Gerücht einer neuen Cabinets-Bildung durch Hrn. Camphausen erhält sich nicht nur, sondern gewinnt auch immer mehr an Glaubwürdigkeit. Wie wir erfahren, hat der gegenwärtige Minister-Präsident Graf Brandenburg bereits vor einigen Tagen seine Dimission gegeben; hat nun auch der König dieselbe noch nicht definitiv angenommen, so scheint doch ziemlich sicher, daß Hrn. Camphausen jene Stellung angetragen worden ist. Hr. C. soll sich für den Fall der Annahme die Bildung des neuen Cabinets vorbehalten haben. Hrn. Milde's Anwesenheit wird, und wie es scheint mit Grund, mit der in Aussicht stehenden neuen Cabinetsbildung in Verbindung gebracht.

— (C. B.) Der Hansemann-Patow'sche Gesetzentwurf wegen Aufhebung der Grundsteuer-Befreiungen ist von dem gegenwärtigen Ministerium in der Art wieder aufgenommen, daß die Regierungen zur Begutachtung desselben aufgefordert sind.

— Folgende Herren sind durch den Vorstand des Vereins für König und Vaterland sämmtlichen Mitgliedern, Zweig- und verwandten Vereinen mittelst besonderen Circulars als Kandidaten empfohlen: Prof. Stahl, Prof. Keller, Geh. Ober-Regierungs-Rath v. Bethmann-Hollweg, v. Bismark-Schönhausen, v. Kleist-Reezow, Minister v. Manteufel, die früheren Minister Graf v. Alvensleben und Baron v. Canitz, Präsident v. Gerlach, Fürstbischof v. Diepenbrock, Graf Fürstenberg-Stammheim und die Assessoren Graf von der Golz, Bindewald und Wagener (Redacteur der Neuen Preußischen Zeitung). Hr. v. Canitz tritt mit einer der Neuen Preuß. Zeitung beigegebenen Ansprache selbst als Candidat vor das Publikum. Die Cardinalpunkte des sechs enggedruckte Seiten umfassenden Glaubensbekenntnisses sind folgende: 1) Eine Wiederherstellung der Dinge, wie sie vor der Revolution standen, erklärt Hr. v. C. nicht im Sinne zu haben. „Ich habe nicht,“ sagt er, „in das jubelnde Juchheh! einstimmen können, das die Revolution wie eine Erlösung aus vieljähriger Verknechtung begrüßte, als ob das preußische Volk, wie einstens die Juden, in einer babylonischen Gefangenschaft geschmachtet hätte; — da aber nun einmal eine Revolution über uns gekommen ist, so halte ich es für verkehrt, wenn wir thun wollten, als wäre keine gewesen. Wir müssen hindurch!“ 2) Die Frage, „ob er die

Umgestaltung der monarchischen Staatsform in die republikanische für eine zeitgemäße politische Verbesserung halte?" beantwortet der Candidat mit Nein! 3) Ein „juste milieu zwischen Royalismus und Liberalität" glaubt er sich verbitten zu müssen; 4) in kirchlichen Dingen vollständige Glaubens- und Bekenntnißfreiheit. „Die weltliche Obrigkeit soll in allen Verhältnissen dieser Welt auf Recht und Ordnung halten, den Weg zum ewigen Heile soll sie Niemandem durch Zwangsmaßregeln vorzeichnen wollen, sie soll also auch die christliche Kirche schützen, aber nicht kommandiren wollen; 5) Deutschlands Einheit, aber nicht „ein Aufgeben alles dessen, worauf das Preußische Nationalgefühl ruht." Aus einem besonders beigefügten Ueberblick seines Lebenslaufes erfahren wir, daß der Herr Candidat 1787 in Kassel geboren ist, die Feldzüge von 1806, 1807, 1812 — 1815 mitgemacht, 1828 eine Sendung nach Constantinopel, 1831 eine andere zur russischen Armee in Polen erhalten, und von 1832 — 45 als Gesandter erst in Kassel, dann in Hannover, dann in Wien gewirkt hat. Von da ab bis zu dem 18. März v. J. verwaltete Hr: v. Canitz das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten.

Neu-Strelitz, den 17. Januar. Der „offizielle Anzeiger" veröffentlicht das Gesetz, betreffend die Deutschen Grundrechte.

Lübeck, den 18. Jan. Die heut erschienene Bekanntmachung des Senats bringt das Reichsgesetz, betreffend die Grundrechte, zur öffentlichen Kenntniß, mit dem Zusatze, daß die, zufolge des unter II. beigefügten Einführungsgesetzes hieselbst annoch weiter erforderlichen gesetzlichen Bestimmungen demnächst gleichfalls getroffen und veröffentlicht werden sollen, bis wohin es hinsichtlich solcher der weiteren Gesetzgebung annoch vorbehaltenen Verhältnisse und Beziehungen bei dem bisher Bestandenen verbleibe.

Aus Schleswig-Holstein, den 19. Januar. König Oskar in Schweden hat der Norwegischen Regierung aufgegeben, untersuchen zu lassen, ob eine vom Meere über Hort und Kaholm auf Christiania zu errichtende Telegraphenlinie mit vielen Kosten und Schwierigkeiten verbunden; die Herstellung derselben wurde in dem Königlichen Schreiben besonders für wichtig mit Rücksicht auf die Vertheidigung des Landes bezeichnet. Der um die Schwedische Kunst hochverdiente Direktor Nordblom, auch in Deutschland rühmlichst bekannt, ist am 26. Dec. v. J. in Upsala gestorben. In Norwegen enthusiasmirt ein junger Musiker, Namens Tarje Augundsen, alle kunstliebenden Gemüther und als zweiter Ole Bull, wie mehrere Schwedische Blätter ihn bezeichnen, beabsichtigt derselbe zum nächsten Frühjahre die Hauptstädte Europas zu besuchen!

— Es hieß allgemein, daß die Postverbindung mit dem Königreiche wieder hergestellt sei. Als in Folge dessen neulich die erste fahrende Post von Hadersleben in Colding eintraf, umringte alsbald ein Haufe Volks, darunter viele Soldaten, den Wagen unter Lärm und Verhöhnungen. Dem Kondukteur suchte man die Schleswig-Holsteinische Kokarde abzureißen und dafür eine Dänische aufzuzwingen; das Wappen des Wagens wurde mit rother Kreide überschmiert, ohne daß die Behörde die geringsten Anstalten machte, solchem Unwesen zu steuern. Der Kondukteur hielt es für gerathen, sobald er seine Post abgeliefert, die Stadt auf das schleunigste wieder zu verlassen. — Ein charakteristischer Beitrag zu den friedfertigen Gesinnungen, welche die Dänische Regierung ihren offiziellen Erklärungen nach so eifrig fördert!

Flensburg, den 13. Januar. Das Reichsministerium und der Marienausschuß in Frankfurt haben zwei Schreiben an unsern Magistrat gerichtet, in welchem sie die Beantwortung mehrerer Fragen, über die Brauchbarkeit unsers Hafens zur Flottenstation und unserer Werfte zum Bau von Kriegsschiffen u. s. w. erbitten.

Frankfurt a. M., den 17. Jan. (O.-P.-A.-Z.) Dem Großherzoglich Badischen Bevollmächtigten ist vorgestern nachstehendes Schreiben vom Präsidenten des Reichsministerrathes zugegangen:

„Der Reichsverweser hat von der Erklärung Kenntniß genommen, durch welche Se. Königl. Hoheit der Großherzog von Baden den Entschluß ankündigt, sich einem einzigen und selbst erblichen Oberhaupte, wenn ein solches an die Spitze des Deutschen Bundesstaates gestellt werden sollte, in den großen gemeinsamen Deutschen Angelegenheiten nach den Verfassungs-Bestimmungen, wie sie endgültig zu Stande kommen werden, unterzuordnen. In dieser hochherzigen Erklärung hat der Reichsverweser mit inniger Freude eine starke Bürgschaft des Gelingens des seiner Obhut anvertrauten Werkes erkannt. Als der erste Vertreter der nationalen Einheit Deutschlands, hat er den Unterzeichneten mit dem Auftrage beehrt, bei Sr. Königlichen Hoheit den Ausdruck des Dankes zu übernehmen, in welchem das ganze Vaterland übereinstimmen wird. Das Badische Fürstenhaus hat sich ein neues und unvergängliches Anrecht auf die Liebe des Volks erworben, indem es seinen Namen einzuzeichnen eilte auf derjenigen Tafel der gemeinsamen Geschichte, an welcher fortan, wenn die Hoffnung der Einigung nicht scheitert, die theuersten Erinnerungen des Deutschen Volkes haften. Ganz Deutschland wird dem Badischen Lande und seinem Fürsten zu dem gegebenen Beispiele Glück wünschen; und was jetzt als ein Opfer empfunden werden mag, dafür wird hoffentlich eine nahe Zukunft weit höheren Ersatz bieten in dem Antheil, welcher den Fürsten Deutschlands an der Kraft und Würde des Ganzen zufallen wird. Die Zeit der Schwäche und Zersplitterung Deutschlands kann nicht die Zeit des echten Glanzes Deutscher Fürstengeschlechter sein. Der Unterzeichnete bittet den Herrn Bevollmächtigten für Baden, diese Erwiederung zur Kenntniß des Großherzogs zu bringen. Frankfurt a. M., den 13. Januar 1849. (gez.) Gagern."

Aus Tübingen ist eine von den meisten Universitäts-Lehrern und Mitgliedern des Gerichtshofs, von vielen Bürgern und Studenten unterzeichnete Adresse an die National-Versammlung eingegangen, worin die Uebertragung der Kaiserwürde an Preußen als der einzige Weg bezeichnet wird, auf welchem Deutschland einig und mächtig werden könne.

Frankfurt, den 18. Januar. Der Verfassungsausschuß hat das Wahlgesetz beendet, dasselbe liegt nur noch zur Redaktion vor. Auch beschäftigt sich der Ausschuß bereits mit den Garantien der Verfassung, desgleichen bereitet die Vorkommission die bisher angenommenen Verfassungsabschnitte zur zweiten Lesung vor. Der Bericht über alle diese Artikel wird wohl schon in nächster Woche in die Versammlung gebracht werden können. — Wenn mehrfach verbreitet wird, daß in Beziehung auf das neulich von der Nationalversammlung votirte Gesetz über die Spielbanken Protestationen von einzelnen Regierungen eingelaufen seien, so können wir versichern, daß diese Nachricht unbegründet ist.

Frankfurt a. M., den 18. Jan. 154ste Sitzung der verfassunggebenden Reichs-Versammlung. Tagesordnung: Fortsetzung der Berathung des vom Verfassungs-Ausschusse vorgelegten Entwurfs, „das Reichs-Oberhaupt, der Reichs-Rath," und zwar über Artikel 1. §. 1. und §. 1. a.

Eröffnung Vormittags $9\frac{3}{4}$ Uhr. Vorsitzender: Präsident Simson. Ausgetreten aus der Nationalversammlung ist Herr Karl Liebelt aus Posen. Reichs-Minister-Präsident v. Gagern beantwortet 2 Interpellationen, deren erste die Veröffentlichung der Grundrechte in Hannover betrifft. Er verliest die bezüglichen Schreiben, wornach die Hannoversche Regierung die Verkündigung der Grundrechte bis auf die Vollendung der Verfassung vertagt, zur Begründung der letzteren aber den Weg der Vereinbarung als einen unerläßlichen bezeichnet und die provisorische Reichsregierung zugleich ersucht, von der Veröffentlichung einzelner Theile der Verfassung abzustehen. v. Gagern erwähnt hiernach anerkennend die Bereitwilligkeit, mit welcher die Hannoversche Regierung bisher bei vielen Anlässen den Anordnungen der Centralgewalt nachgekommen. Nicht die Bestimmungen, welche den Schutz der Freiheit gewähren, sondern der §. 33., der von der Theilbarkeit des Grundeigenthums handelt, habe in Hannover Bedenklichkeiten erregt. Wie dem aber auch sei, das Reichsministerium gehe davon aus, daß die Grundrechte, nach Maßgabe des Gesetzes vom 27. September 1848., für Hannover gesetzliche Kraft erlangt haben und würde bei gegründeten Beschwerden wegen Nichtvollzuges demgemäß verfahren.

Dann wird der Tages-Ordnung gemäß die Berathung über den Abschnitt des Verfassungs-Entwurfs vom Reichs-Oberhaupt eröffnet.

Barth aus Kaufbeuern: Nur ein Kaiser kann unser Oberhaupt sein und ein erblicher Kaiser. Bleiben wir diesmal mit unserer Bewegung nicht vor den Thoren stehen. Nicht um sie umzustürzen, rufe ich Ihnen diese Mahnung zu, sondern um dem Deutschen Reiche einen dauernden Abschluß durch einen Thron zu geben, der uns und dem Auslande Vertrauen einflößt. Kein Widerspruch aus dem Süden und dem Osten darf uns abhalten, das Gute und Rechte zu beschließen. Auch kein religiöses Bedenken. Die Grundrechte stellen jede Ueberzeugung unantastbar hin, und haben wir damit der Kirche gegeben, was Gott gehört, so soll auch die Kirche geben, was des Kaisers ist. (Beifall.) Seit jenem Tage, wo es schien, unser tausendjähriges Reich sei für immer untergegangen, ist Deutschland seiner Wiederherstellung nie so nahe gewesen, als in diesem Augenblicke. Täuschen wir die Erwartung des Volkes nicht! Der Redner schließt unter dem lauten Beifall des Hauses, nachdem er daran erinnert hat, heute sei der Tag, wo die Grundrechte ihre gesetzliche Geltung erlangen, der Tag, von welchem Deutschland seine magna Charta datiren werde.

Eisenstuck aus Chemnitz weist auf seine (die linke) Seite der Versammlung hin, wo auch die vorliegende Frage nicht den mindesten Zwiespalt der Meinungen hervorgerufen habe. Daraus gehe hervor, daß die Grundsätze der linken Parteien die Mutter der Eintracht seien! Daß ein Bundes-Staat eine bewegliche Spitze haben könne, dafür seien geschichtliche Beispiele vorhanden; allein nicht umgekehrt Ohne eine Mehrheit von $\frac{7}{8}$ der Stimmen sei die Kaiserfrage gar nicht zu entscheiden. (Gelächter.) Es bleibe mithin keine Wahl, als Annahme des Mayfeld'schen Vorschlags, demgemäß das Deutsche Volk selbst zu einer Abstimmung über das Oberhaupt zu veranlassen sei. — Karl Welcker will keine der Deutschen Großmächte vom Reiche ausgeschlossen sehen und deshalb die Oberleitung der Deutschen Angelegenheiten zwischen Oesterreich und Preußen sechsjährig wechseln lassen. Nach seiner zornglühenden Meinung steht dem Eintritte Oesterreichs in den Deutschen Bundesstaat auch gar kein Hinderniß entgegen, auch nicht nach dem Programme von Kremsier. Die Zerstückelung Deutschlands wäre ein Durchschneiden des organischen Lebens; statt des Parlamentes von Frankfurt werde dann das Parlament von Berlin herrschen. Selbst das Sprichwort „mit Speck fängt man Mäuse" liegt der parlamentarischen Sprache des Herrn Welcker nicht zu niedrig, um es gegen das Preußische Erbkaiserthum zu verwenden. Letzteres scheint der Redner selbst am meisten zu hassen; um es zu vermeiden, würde er sogar dem Rotenhan'schen Direktorium seine Stimme geben. „Frei wollt ihr sein und wisset nicht gerecht zu sein." (Bei vielen Stellen stürmischer Beifall von derselben linken Seite des Hauses, die denselben Redner bisher nur zu verhöhnen pflegte) Wernher von Nierstein für das erbliche Kaiserthum. Das linke Rheinufer wolle nicht die Republik, aber es verlange große Standpunkte, weite Aussichten im Staate. Siemens aus Hannover erklärt seine Landesgenossen jedes Opfers für die Deutsche Einheit fähig und in diesem Sinne auch einem Preußischen Kaiserthume nicht abgeneigt. v. Lassaulx aus München will, daß wenn's durchaus ein Deutscher Kaiser sein solle, der von Oesterreich mit seiner ganzen Macht, mit allen Nationalitäten seines Reiches zu uns treten solle. (Lebhafter Beifall der Linken, vom Redner nur dadurch etwas verscherzt, daß er mit dem jugendlichen Kaiser von Oesterreich auch dessen „große Feldherren" zu uns herüberziehen will.) Er ist für ein Direktorium, durch welches er die wirkliche Macht Deutschlands zu begründen hofft. — Schluß der Sitzung gegen 3 Uhr, Fortsetzung morgen.

Frankfurt a. M., 19. Januar. 155ste Sitzung der verfassunggebenden Reichs-Versammlung. Tagesordnung: Fortsetzung der Berathung über Art. 1. §. und §. 1a. des Entwurfs vom Reichsoberhaupt. Vorsitzender: Präsident Simson.

Zimmermann von Stuttgart. Der vom Ausschuß beliebte Kaiser sei kein demokratischer Kaiser, es sei entweder ein absolutistischer oder ein constitutioneller, nicht aber einzig und allein der Vollstrecker des Volkswillens. Er aber glaube, wie der Kaiser Nicolaus, daß die konstitutionelle Monarchie die Herrschaft der Corruption sei. Der Ausschuß-Kaiser sei eine unzeitige Geburt. So ein neues Kaiserthum koste sehr viel neues Geld und noch wären dem Volke keine neuen Einnahmequellen eröffnet. Für einen andern Zweck als für den Luxus einer Kaiserkrönung habe es sein Blut vergossen, es werde dasselbe von neuem vergießen gegen ein Preußisches Kaiserthum. Man beschließe den Bürgerkrieg. — Die Haupteigenschaft, welche die Verfassungsspitze haben müsse, sei die Billigkeit. Hunderte von Millionen werde das Kaiserthum kosten! (Lachen.) Ein unvolksthümlicher Kaiser dürfte der Verläufer eines blutigen Volksheilandes sein; eine abermalige Revolution sei unausbleiblich. (Nachdem der Redner geendet stellt, die Linke den Antrag auf Schluß der Debatte; er wird abgelehnt) — Mittermaier aus Heidelberg hält die Erblichkeit der Oberhauptswürde nicht für nöthig zu einer Staatsform, die Vertrauen einflöße für ihre Stetigkeit. Er räth zu einer Wahl auf Lebenszeit, fügt aber hinzu: wir kommen durch die natürliche Entwickelung des Bundesstaates zum Einheitsstaate. Vor den angeblichen konfessionellen Abneigungen bangt ihm nicht; was Baiern anbetriffe, dem man undeutsche Gesinnung Schuld gebe, so werde sich dies der Deutschen Einheit eben so gern einordnen, wie irgend eine andere Landschaft. — Der von mehren Seiten zugleich beantragte Schluß wird angenommen. Nachdem Herr Beseler als Berichterstatter gesprochen und unter wiederholtem lebhaften Beifalle die Haupt-Einwürfe gegen ein monarchisches Oberhaupt kurz und schlagend widerlegt hat, wird zur Abstimmung geschritten, und zwar zunächst über den Rotenhan'schen Verbesserungs-Antrag auf ein Reichsdirektorium aus 6 Mitgliedern (Kaiser von Oesterreich, Könige von Preußen, Baiern, Sachsen, Hannover und Württemberg; an der Spitze abwechselnd von 4 zu 4 Jahren der Kaiser von Oesterreich und der König von Preußen als Reichsvorstand.) Der Antrag fällt auf Namensaufruf bei nur 97 Stimmen gegen 361. Ein ähnlicher Antrag wird verworfen; ebenso fällt das Minoritäts-Erachten von Schreiner, Somaruga und Genossen auf ein Direktorium aus 5 Mitgliedern. Welckers Antrag (Wechsel der höchsten Regierungsgewalt zwischen Oesterreich und Preußen von 6 zu 6 Jahren) fällt bei Namensaufruf mit 80 gegen 377 Stimmen Darauf wird mit Namensaufruf abgestimmt über das Minderheitserachten unter Nr. 1. des Entwurfs: „die Ausübung der Reichsgewalt wird einem Reichs-Oberhaupt übertragen. Wählbar ist jeder Deutsche" — wird verworfen mit 339 gegen 122 Stimmen. Eben so fällt (auf dem Wege gewöhnlicher Abstimmung) der Antrag von Spatz auf einen Reichsstatthalter — wählbar ist dazu jeder volljährige Deutsche. — Desgleichen fällt ein Antrag auf verantwortliche Präsidentschaft von Dieskau. Endlich kommt zur Abstimmung durch Namensaufruf der Mehrheitsantrag des Verfassungs-Ausschusses:

„Die Würde des Reichs-Oberhauptes wird einem der regierenden Deutschen Fürsten übertragen."

Wird mit 258 gegen 211 Stimmen bejaht. Enthusiastischer Beifall von der Rechten und aus der Mitte, Trommeln und Pfeifen links. Nächste Sitzung findet Montag den 22. statt.

Dresden, den 18. Jan. Beide Kammern haben in ihrer heute stattgehabten Sitzung beschlossen, von einer Adresse auf die Thronrede abzustehen.

Dresden, den 19. Jan. Die heutige Sitzung der I. Kammer war, obgleich von kurzer Dauer, dennoch von großem Interesse. Auf der Tagesordnung stand die Motion vom Vicepräsidenten Dr. Schaffrath und den Abgeordneten der Linken unserer II. Kammer: „In Gemäßheit der §§ 2. — 4. und §. 109. der Verfassungsurkunde, sowie der §§. 124.—26. der provisorischen Geschäftsordnung stellen wir den Antrag: Indem die Kammer wiederholt die thatkräftige Ueberzeugung des Sächsischen Volkes von der Nothwendigkeit der Einheit und Freiheit des Deutschen Volks ausspricht, versichert sie zugleich der Regierung den entschiedensten Widerwillen des Sächsischen Volks gegen die Uebertragung der Regierung des Deutschen Bundesstaats an ein unverantwortliches und erbliches Oberhaupt, wie gegen die Uebertragung der Deutschen Regierungsgewalt an eine der Kronen eines Deutschen Einzelstaats, und erklärt, daß sie an die Spitze Deutschlands einen verantwortlichen Präsidenten gestellt wünsche und jede nicht wahrhaft demokratische Lösung der Deutschen Oberhauptsfrage für eine unheilvolle betrachte. Wir tragen zugleich darauf an, daß die Kammer in Gemäßheit von §. 128. der provisorischen Geschäftsordnung obigen Antrag ohne weitere Begutachtung sogleich berathe und nach §. 129. auf die nächste Tagesordnung setze." Der Antrag wird einstimmig für dringlich erachtet und auf die nächste (morgende) Tagesordnung verwiesen. Sodann richtet Abgeordn. v. Trützschler folgende Interpellation an das Ministerium: „Ob es gegen die provisorische Centralgewalt oder deren Organe seine Ansicht über die Deutsche Oberhauptsfrage mittelbar oder unmittelbar ausgesprochen habe." In Frankfurter Blättern sei nämlich die Nachricht enthalten, daß die Sächsische Regierung sich dahin erklärt habe, daß die Deutsche Oberhauptswürde der Preußischen Krone zu übertragen sei. Staatsminister v. d. Pfordten entgegnet hierauf sogleich, daß der Sächsischen Regierung noch nie zu einer Erklärung in dieser Hinsicht Veranlassung gegeben worden sei, dieselbe werde auch nie eine Veranlassung dazu suchen. Die Mittheilung der Frankfurter Zeitung müsse auf einem Irrthume beruhen.

Dresden, den 19. Januar. Heute ist in beiden Kammern, in der ersten von 32 Mitgliedern der zweiten, in dieser von 20 Mitgliedern der ersten, der „dringende" Antrag eingereicht, den entschiedensten Widerwillen des Sächsischen Volkes gegen die Uebertragung der Regierung des Deutschen Bundesstaates auf ein unverantwortliches und erbliches Oberhaupt, wie an eine der Kronen eines Deutschen Einzelstaates auszusprechen und zu erklären, daß die Kammer an die Spitze Deutschlands einen verantwortlichen Präsidenten wünsche. Nach der Zusammensetzung der Kammern wird dieser wohl schon auf eine der nächsten Tagesordnungen kommende Antrag höchst wahrscheinlich in beiden die Majorität erhalten.

München, den 18. Januar. Die Allg. Zeitung berichtet aus München vom 16. d., daß der Prof. Fallmerayer den Türkischen Nischan-Orden erhalten habe und bereits um die Erlaubniß, ihn tragen zu dürfen, bei dem Ministerium eingekommen sei, die ihm auch gewährt worden sein soll.

Der Augsb. Abendztg. schreibt man aus München: In der Ministerkonferenz, an welcher die Herren v. Abel und Gise Theil genommen, seien sicherem Vernehmen nach einige Vorschläge über die Vereinbarung der Reichsverfassung durch die Regierungen mit der National-Versammlung zur Berathung gekommen; diese „an sich nicht unpraktischen“ Vorschläge seien vom Preußischen Kabinet ausgegangen.

Nürnberg, den 15. Jan. In Folge des vergangene Nacht eingetretenen Thauwetters und heftigen Regens schwoll heute nach Mitternacht die Pegnitz zu einer solchen Höhe an, wie man sie hier noch nicht erlebte. Man spricht als bestimmt davon, daß mehrere Menschenleben verloren gegangen sind; die Verluste in den dem Flusse nahe liegenden Waarenlagern müssen bedeutend sein, da diese bei der unerwartet reißend anwachsenden Wassermasse nicht geräumt werden konnten. Ein gleiches Schicksal traf wohl auch einen großen Theil des Inhalts der auf der Insel Schütt aufgestellten Meßbuden. Ein Arbeiter (dem Vernehmen nach ein Ahlenschleifer) wurde, nachdem er in einem fast ganz mit Wasser angefüllten Mühlengange mehrere Stunden in einer verzweifelten Lage zugebracht hatte, durch einige entschlossene Männer mit höchster eigener Gefahr gerettet.

Stuttgart, den 14. Jan. Ob unsere Regierung einen ähnlichen Schritt wie die Badische in der Reichsoberhauptsfrage thun wird, möchte ich beinahe bezweifeln, obwohl mit Bestimmtheit versichert werden kann, daß der König sich ohne Widerstreben fügen wird, wenn Preußen an die Spitze Deutschlands gelangt. Die Gerüchte über die Sonderbündlerei Württembergs sind falsch, aber allerdings wäre es passend gewesen, ihnen zu widersprechen. Auch die Versicherung darf ich geben, daß in unserem sonst so Preußenfeindlichen Lande seit einiger Zeit ein sehr bedeutender Umschwung der Meinung wenigstens bei den Einsichtsvolleren eingetreten ist; so erhob sich z. B. im vaterländischen Verein nicht eine Stimme gegen Preußens Oberhauptschaft. (O.-P.-A.-Z.)

Wiesbaden, den 17. Jan. Auch im Herzogthum Nassau sind die Grundrechte des Deutschen Volkes als Gesetz publicirt worden.

Aus Württemberg, den 14. Jan. In Ehingen hat heute eine Bürgerversammlung beschlossen, durch ihren Abgeordneten der Deutschen Reichsversammlung eine Adresse zu übermitteln, in welcher die Unterzeichner den Wunsch aussprechen, daß an die Spitze Deutschlands der Kaiser von Oesterreich berufen werden möge. Der „Schwäbische Merkur“ bezeichnet diesen Wunsch als den von ganz Oberschwaben.

Mannheim, den 15. Januar. Der hiesige neue vaterländische Verein hat in einer offenen Erklärung seine Anerkennung ausgesprochen für die Erklärung des Großherzogs von Baden an die Centralgewalt.

Stuttgart, den 17. Januar. In der heutigen Sitzung der zweiten Kammer machte der Präsident auf den wichtigen Tag aufmerksam, an welchem die Grundrechte des Deutschen Volks in Wirksamkeit treten, deren Einführung die Kammer mit Freuden begrüßen werde. Die Kammer drückte ihre Uebereinstimmung mit diesen Worten aus, indem sie sich fast einstimmig erhob. Nur die Freiherrn v. Hornstein und Berlichingen erklärten sich damit nicht einverstanden, und ersterer meinte, es sei noch sehr zweifelhaft, ob wir ein einiges Deutschland bekommen würden, und er würde seine Ehre und die seiner Vorfahren verletzen, wenn er in den Jubel über diese Gesetze einstimmte, die seinen Stand vernichteten. — Der Schwäbische Merkur enthält aus einer Menge von Städten und Flecken Nachrichten über die bedeutenden Verwüstungen, welche das plötzlich eingetretene Thauwetter angerichtet hat.

Wien, den 17. Januar. Ein neues Unglück ist über Wien hereingebrochen. Die Leopoldstadt und die angränzenden Vorstädte Rossau, Lichtenthal, Weißgerber- und Jägerzeile sind auf ähnliche Weise wie am 1. März 1830, überschwemmt worden. Die beiden Nordbahnbrücken sind stark beschädigt und ist deshalb laut heute erfolgter „Kundmachung“ der Gütertransport eingestellt und der Personenverkehr auf den abendlichen Posttrain beschränkt worden. Zur Verbindung mit Florisdorf werden Vorkehrungen getroffen. So schnell auch das Wasser gestiegen, so erfährt man doch bis jetzt noch nicht, daß Menschenleben zu Grunde gegangen. Allein der Schade, vornehmlich an Handelsgut, muß sehr beträchtlich sein, da die meisten Magazine sich in diesem Stadttheil befinden und die Transportirung wegen Kürze der Zeit gehindert war. Heute Nacht ist das Wasser um 3 Schuh gefallen, nachdem es die Höhe von 1830 überstiegen hatte. Auch in die innere Stadt war es gestern Nachmittags bereits gedrungen. Der Wachtposten am rothen Thurmthore mußte sich flüchten und die zunächst gelegenen Gassen waren unzugänglich. Die Besorgniß einer größeren Gefahr ist noch nicht beseitigt.

— Man hat hier Privatnachrichten aus Ungarn erhalten, denen zufolge die Oesterreicher wieder mehrere Schlappen davongetragen. 14000 Mann aus der Bukowina sind zu den von Bem befehligten Truppenkorps gestoßen, um gegen die Oesterreicher zu fechten. Es ist das ein bedeutsames Zeichen, das noch an Bedeutung gewinnt, wenn man bedenkt, daß in den offiziellen Rapporten Bem seit einigen Tagen immer General genannt wird, eine Bezeichnung, welche keineswegs als zufällig betrachtet werden darf. Unsere Militair-Chefs gehen in dieser Beziehung sehr sorgfältig zu Werke. Nach Maßgabe seiner Macht hieß Bem: der Polnische Emissair — der Rebell — der Insurgenten-Chef — der General. (D. R.)

— Die Wassernoth — oder vielmehr der Wasserüberfluß um Wien wächst von Stunde zu Stunde — schon hat die Donau ihre Wellen bis in die innere Stadt, in die rothe Thurmstraße geschoben. Die ganze Leopoldstadt steht unter Wasser und ist unzugänglich.

— Die heutigen Nachrichten aus Mailand vom 13ten melden, daß noch immer in der Lombardei eine gereizte Stimmung herrsche. Aus Piemont war ein Agent mit Ungarischen aufrührerischen Proklamationen an die K Truppen in Mailand ergriffen und erschossen worden. Die Proklamationen sind von dem seit Jahren von Wien aus wegen Anfertigung falscher Wechsel mit Steckbriefen verfolgten ehemaligen K. Rittmeister Baron Spleny unterschrieben, und fordern die magyarischen Soldaten auf, sich über den Ticino zu begeben, um eine Freiheits-Legion für Kossuth zu bilden. Solche Subjekte hat Kossuth überall gewonnen. Indessen nahm ein K. Feldwebel den Agenten mit dem ganzen Packet Proklamationen gefangen und überlieferte ihn dem Kriegsgericht. Die ganze Armee ist vom besten Geiste beseelt und erwartet mit Ungeduld den Ausbruch irgend einer feindlichen Demonstration.

— Aus Ungarn erfährt man, daß Kossuth in Debreczin angekommen sei, während er auf der Mährisch-Schlesischen Route steckbrieflich verfolgt wird. Die Steckbriefe erstrecken sich auch auf die Personalbeschreibung seiner Gattin, von der wir darin erfahren, daß sie hochmüthige Blicke werfe. Bei der Personalbeschreibung Madaraschs heißt es, daß er ganz den Totaleindruck eines gewöhnlichen Zigeuners mache.

Prag, den 15. Januar. In der vorgestrigen Sitzung des großen Stadtverordneten-Ausschusses zeigte das beendigte Präliminare, daß sich ein Deficit von 124,461 fl. für die Stadt Prag herausstellt. Zur Deckung dieses Deficits soll eine Steuer für das Flußwasser, das man aus den Röhrkasten bezieht, entrichtet werden. Auch sollen die Niederlagen der Fabrikanten und Gewerbsleute, die ihr Gewerbe außerhalb Prag betreiben, besteuert werden, dagegen das Schulgeld in den Volksschulen ganz aufhören.

Raab, den 8. Jan. (Lloyd.) Heute ist hier folgende Kundmachung erschienen: „Nachdem sich in Betreff der Gültigkeit der Ungarischen Geldnoten überhaupt, insbesondere aber der Ein- und Zweigulden-Noten, wegen des fühlbaren Mangels der für den täglichen Verkehr sehr benöthigten kleineren Geldsorte allgemeine Besorgniß zeigt, wird hiermit veröffentlicht, daß in Folge eines Erlasses vom Herrn Feldmarschall Fürsten Alfred zu Windischgrätz indessen noch bis in Hinsicht der höheren Geldnoten Allerhöchsten Orts entschieden werden kann, die Ungarischen Ein- und Zweigulden-Noten im vollen Werthe auch in allen Kaiserlichen Kassen angenommen werden. Graf Felix Zichy, Königlicher Kommissär.“

Pesth, den 11. Jan. Der größere Theil der flüchtigen Insurgentenarmee soll bei Ipoly Sagh weit hinter Waitzen stehen und sich nach den Bergstädten zu wenden gedenken. Ganze Bataillons haben sich aufgelöst und treiben sich als Marodeurs in den Wäldern herum oder pilgern in einzelnen Haufen nach ihren Heimathsdörfern. Trotz dieser Thatsachen giebt es hier noch immer einige halbverrückte Exaltado's, welche noch immer nicht glauben können, daß die magyarische Schilderhebung bereits zur Neige geht.

Lemberg, den 12. Januar. Die Nachrichten von den verschiedenen Punkten des Kriegsschauplatzes drängen sich immer mehr; der Kourierwechsel war noch nie so stark. Aus den bisher bekannten Thatsachen stellte sich der Plan der magyarischen Anführer heraus, einerseits aus Siebenbürgen, andererseits über Kaschau und Eperies zuerst in Galizien einzufallen und dann dort Verwirrung anzurichten. In Folge dieser Nachrichten wurden die gestern von hier nach Czernowitz in Marsch gesetzten Truppen vorläufig nur in die 9 Meilen entfernte Kreisstadt Stry und in die Umgegend bestimmt, um die nach der nahe gelegenen Ungarischen Grenze führende Straße zu bewachen. Die Artillerie, welche zum Ausmarsch nach der Bukowina bereit war, blieb hier zurück. Um für alle Wechselfälle gedeckt zu sein, wurde der Landsturm in den südöstlichen Kreisen organisirt, der in der Bukowina angesiedelte, als Anführer der Bauern im Jahre 1846 bekannte Szella soll bei der ersten Kunde von dem Einrücken dir Insurgenten die Bauern in Masse unter sein Kommando versammelt haben, sich jedoch bis jetzt defensiv verhalten.

Triest, den 14. Jan. Wir hören von Angriffen, welche zwischen Oesterreichern und Päpstlichen an der Grenze der Legationen Statt fanden. Radetzki hat scharfe Maßregeln gegen die in Masse zunehmende Auswanderung aus dem Lombardisch-Venetianischen Gebiete ergriffen. Wer auf der Flucht betreten wird, muß ohne Weiteres zum Militair abgeführt werden, hat in einem Deutschen Regimente zu dienen und wird aus Italien entfernt. Solche, die zum Dienste im Felde untauglich sind, werden in den Spitälern verwendet werden, und wer auch hiezu nicht taugt, wird den Civilbehörden zur Abstrafung überliefert. Wer in fremde Kriegsdienste getreten ist und nicht innerhalb eines bestimmten Termins zurückkehrt, wird, wenn er in die Gewalt der Oesterreicher kommt, nie als Kriegsgefangener, sondern als Hochverräther behandelt werden.

Semlin, den 11. Jan. Wie bereits früher gemeldet, ist die vom Regiment Zanini zur kaiserl. Fahne zurückgekehrte und in die Römerschanze geflüchtete Mannschaft heute hier eingetroffen und in Eid und Pflicht vom General Theodorovich, der heute von Pancsova hierher kam, genommen worden. Diese Mannschaft marschirt morgen nach dem Banat. Eben so ließ der General allen serbischen Regimentern im Banat die Kriegsartikel verlesen und sodann dieselben zur Fahne schwören. — Privatnachrichten zu Folge soll heute ein allgemeiner Angriff auf Becskerek erfolgen.

# Ausland.

## Frankreich.

Paris, den 17. Januar. Das Siècle versichert, man habe die von dem Seeminister angeordneten Maßregeln in Toulon sehr übertrieben und überdies unrichtig dargestellt. Die Schiffe würden allerdings seefertig gemacht, weil die Regierung bei den in Italien möglicher Weise bevorstehenden Ereignissen nicht unvorbereitet sein wolle. Die Oesterreicher könnten in die Legationen einfallen und dadurch Frankreich zur Unternehmung einer Expedition nöthigen. Auch die Presse nennt das Gerücht, daß Befehl zur Absendung von 8—10,000 Mann nach Civita-Vecchia ergangen sei, voreilig; der Minister habe nur befohlen, die Regierungs-Dampfboote in Stand zu setzen, damit sie für jeden Fall bereit seien. Was die Expedition betreffe, so werde sie von mehreren Ministern gewünscht und sei allerdings Gegenstand ernstlicher Erwägung.

— Die Estafette meldet, daß in Constantinopel zwischen dem Französischen und Russischen Gesandten ein offener Bruch erfolgt sei. Der Russische Diplomat, v. Titof, verbot nämlich den Russischen Schiffen, die Französische Flagge am Tage der Verfassungs-Verkündigung zu begrüßen, worauf der Französische Gesandte, General Aupick, den Französischen Schiffen das Gleiche bei der Feier des Nikolaus-Tages und damit eine Höflichkeitsbezeigung untersagte, welche seit langer Zeit Sitte war. Der Minister des Auswärtigen soll auch schon dem hiesigen Russischen Geschäftsträger eine Note zur Ausgleichung jenes Vorfalls übersandt haben.

— Die beiden berüchtigten Fälscher Preußischer Kassenanweisungen (der vormalige Artillerie-Lieut. Knapp und Theodor Herwegh Romanzoff) sind gestern früh nach Brest abgeführt worden, um ihre achtjährige Galeerenstrafe abzubüßen.

— Die Pariser Anklagekammern haben endlich gegen die Maigefangenen im Kerker von Vincennes ihre Beschlüsse gefaßt. Alle Angeklagten, auf welche gefahndet wurde, sind vor die Seine-Assisen zu stellen. Blanqui, Flotte, Martin, genannt Albert, Barbes, Sobrier, Raspail, Quentin, Dégré, Larger, Borme, Thomas, Louis Blanc, Seigneuret, Houneau, Huber, Laviron und Napoleon Chancel sind angeklagt, im Mai 1848 ein Attentat verübt zu haben, dessen Zweck Umsturz der Regierung, Bürgerkrieg zc. gewesen. Die Bürger Courtais, Caussidière und Villain sind des Einverständnisses und der Begünstigung dieses Attentats beschuldigt. Acht dieser Angeklagten, worunter Louis Blanc, konnten nicht ergriffen werden.

— Die Bäcker-Empörung ist noch nicht zu Ende. Da sich die Gesellen den harten Bedingungen der Meister nicht fügen wollten, so treibt man sie aus der Stadt und eventuell über die Landesgrenzen. Dieses Verfahren rief neue Unzufriedenheit hervor und wie man hört, will das Ministerium erst jetzt eine neue Bäckerzunfteinrichtung treffen lassen, die den Rechten der Gesellen besser entspreche.

— In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung wurden mehrere Gesetz-Entwürfe untergeordneten Interesses diskutirt und zwar unter allgemeiner Unaufmerksamkeit. Sodann theilte der Minister des Innern die von der Regierung vorgelegte Kandidatenliste für die Vice-Präsidentschaft mit. Die vorgeschlagenen Namen sind: Boulay de la Meurthe, General Baraguay-d'Hilliers und Vivien. Allgemeines Erstaunen folgte dieser Mittheilung, das theils den Namen der Vorgeschlagenen, theils der Reihenfolge der Namen galt. Nächsten Sonnabend wird man zur Wahl schreiten. Sodann wird auf Antrag des Berichterstatters Flandin die Diskussion über den Gerichtshof, vor welchen die Theilnehmer an dem Attentat des 15. Mai zu verweisen sind, auf Sonnabend festgesetzt.

— Von den vorgeschlagenen Candidaten ist 1) Boulay (v. d. Meurthe), ein Mitglied des Centrums; 2) Baraguay d'Hilliers, Juni-General und Präsident des aristokratisch-royalistischen Clubs der National-Versammlung; 3) Vivien, Exvicepräsident des alten Staatsrathes unter der Monarchie. Alle Welt wird sich über diese Wahlen wundern. Allein der Vicepräsident muß von Rechts- oder Constitutionswegen eine Null sein. Darum erklärte auch Od. Barrot im heutigen dreistündigen Ministerrathe, daß er eher sein Portefeuille niederlegen, als die Vicepräsidentschaft annehmen würde.

— Der von dem Ministerium zur Einsetzung des Sondergerichts vorgelegte Gesetzentwurf lautet: Artikel I. „Die Urheber und Mitschuldigen des Attentats vom 15. Mai 1848, welche ein Beschluß des Pariser Appellhofes vom 16. Januar 1849 in Anklagestand versetzte, werden vor den hohen Nationalgerichtshof gestellt. Artikel II. Dieser National-Gerichtshof tritt binnen einem Monat nach Annahme des gegenwärtigen Gesetzentwurfs durch die National-Versammlung in Bourges zusammen. Artikel III. Der Justizminister ist mit Ausführung dieser Maßregel beauftragt.

— Von der Amnestie keine Rede; im Gegentheile sendet man die Junigefangenen nächtlich aus St. Pelagie nach den Hafenfestungen und überwacht die Begnadigten auf das Strengste. So lange O. Barrot Premierminister bleibt, ist jede Hoffnung vergebens.

## Schweiz.

Bern, den 16. Jan. Das Großherzoglich Badische Untersuchungsgericht in Freiburg hat von der Regierung in Baselland die Auslieferung der provisorischen Regierung der Republik Deutschland — als der Beraubung der öffentlichen Kassen schuldig — verlangt. Es wurde auf dieses Verlangen erwidert, nach Art. 10 der Bundesverfassung müsse dieses Gesuch an den Bundesrath gerichtet werden. Auf dieses hin hat das Badische Untersuchungsgericht das nämliche Begehren an den Bundesrath gestellt. Letzterer hält nun in einem Schreiben an die Basellandschaftliche Regierung dafür, daß, bis die einschlagenden Verhältnisse durch ein Bundesgesetz näher regulirt seien, es in der Kompetenz der Kantonsregierungen liege, über solche Auslieferungsbegehren einen Entscheid zu fassen; daß jedoch eine allfällige Schlußnahme durch das Organ des Bundesraths an die requirirende auswärtige Behörde mitzutheilen wäre. Da sich aber laut Bericht der Polizei keine der in Frage stehenden Flüchtlinge mehr im Kanton befinden, so ist wohl diese Angelegenheit als erledigt zu betrachten. Der große Rath von Luzern war an dem Tag, an welchem die Amnestirung der Mitglieder des abgetretenen großen Raths verhandelt werden sollte, nicht vollzählig versammelt. Die Reise Dufours zu Louis Napoleon, der ihn nach verschiedenen Berichten sehr herzlich

und mit vieler Auszeichnung empfangen haben soll, wird ihm von mehreren Blättern übel aufgenommen.

## Italien.

Rom, den 8. Jan. Das gestrige Fest verlief ungestört; derselbe militairische Pomp, wie neulich, dabei großer Volkszulauf. Die Nationalgarde war zwar nicht sehr zahlreich, aber von einer Demonstration gegen die bestehende Regierung keine Spur, wie ich Ihnen bereits in meinem letzten Berichte vorhersagte. Ja, gestern Abend fanden sogar grobe Excesse gegen die geistlichen Insignien statt. Die Hutmacher pflegen hier statt der Ladenschilder aus Blech angefertigte päpstliche und Kardinalshüte herauszuhängen. Eine Rotte Radikaler riß diese überall herab, steckte sie auf Stangen und durchzog die Straßen, den Leichengesang anstimmend, mit welchem die Mönchsorden die Todten zu Grabe begleiten. Man zog schließlich auf die Engelbrücke, fiel hier mit Prügeln über die Hüte her, die man ihres Materials wegen nicht verbrennen konnte, und warf sie sodann in die Tiber hinab. Man begab sich endlich auch nach Trastevere, dem Quartiere, das dem Papste immer am treuesten sich gezeigt hat. Es war hier ruhig; doch sollen einzelne Trasteveriner erklärt haben, sie würden nächstens einen Gegenbesuch machen. Das Exkommunikations-Dekret schlug man frecher Weise an einen kürzlich zur Bequemlichkeit der Vorübergehenden, am Korso eingerichteten Orte an. Das Oesterreichische Wappen, dessen Verletzung im vorigen Frühlinge durch die geringste Kraftentwickelung der Regierung oder des Papstes hätte verhindert werden können, wäre somit vollständig gerächt! — Dem Vernehmen nach erschien Ciceruacchio gestern früh bei dem General-Vikar, dem Stellvertreter des Papstes, als Römischen Bischofs, und zeigte ihm an, wenn er die Exkommunikation publiziren lasse, so werde der erste Schritt außer seinem Hause sein Tod sein.

— In der erlassenen Bannbulle gegen die Römer protestirt der Papst gegen die kostituirende Versammlung, die er „Angesichts der ganzen Welt verdammt"; er verbietet seinen Unterthanen, an den Wahlen für dieselbe Theil zu nehmen, indem er an die Dekrete des Tridentinischen Concils erinnert, nach welchen Jeder, der einen Eingriff in die weltliche Macht des Papstes begeht, ipso facto der Exkommunikation unterliegt, wie er denn hiermit erkläre, daß schon alle Die, welche zur Einberufung der konstituirenden Versammlung und zu den früheren, seine Souveränetät verletzenden Handlungen mitgewirkt, derselben (der Exkommunikation) verfallen seien. In den Bezirken Monte und Trastevere wurden der Exkommunikation und den Pfarrern, die sie bekannt gemacht, Katzenmusiken, dagegen den Exkommunicirten Lebehochs dargebracht. — Die Sicilianische Angelegenheit rückt nicht weiter, trotz aller Noten der Diplomaten, die sich darüber streiten, ob Spanien eventuelle Rechte an den Sicilischen Thron geltend zu machen habe oder nicht. — Die provisorische Regierung Siciliens hat ebenfalls die Italienische Constituante verkündigt und sich in Beziehung darauf Toscana, Piemont und Rom angeschlossen. General Filangieri, der dem König Ferdinand Sicilien wiedererobern sollte, ist rasch von dort zurückgekommen und hat dem Gen. Antonini Platz gemacht.

Rom, den 10. Jan. Am vorgestrigen Abende wiederholte sich der Unfug im Corso im verstärkten Maße, indem man sogar eine den Papst vorstellende, weiß gekleidete Puppe unter Miserere-Gesang umhertrug. Dem Pfarrer von Maria Maggiore haben Volkshaufen, darunter zahlreiche Nationalgarden, die Fenster eingeworfen, was bis jetzt hier noch nie vorkam; dennoch hat er sich nicht abschrecken lassen, am folgenden Morgen die Exkommunikation an seiner Kirche anzuschlagen. Auch dem Pfarrer der Laterankirche drang man ins Haus, doch gelang es ihm in die Kirche zu entkommen. Erst nach einigen Stunden langten Nationalgarden und Karabiniere zu seinem Schutze an. Zwar soll sich nun der gesammte Generalstab der Civica zum Ministerium begeben und gefordert haben, daß man für die Ruhe und Ordnung ernstliche Sorge trage, allein es dürfte davon nicht viel zu erwarten sein. Indeß wird Abends und früh stark patrouillirt. Man spricht auch von neu eingetroffenen Truppen. — Jedes bessere Gefühl muß es empören, wenn man noch immer von Zeit zu Zeit Schmähgedichte auf Rossi und Loblieder auf seine Mörder auftauchen sieht. So verkaufte man neuerdings ein Blatt, betitelt Miserere beim Tode Rossi's, in welchem der Mörder der dritte Brutus genannt, sein Dolch gebenedeiet, selbst Pius IX. und natürlich die Kardinäle geschmäht werden.

— Die Venezianische Fahnenweihe, welche gestern Nachmittag stattfand, ist zwar gut abgegangen, zur rechten Begeisterung will es aber bei solchen Gelegenheiten nicht mehr kommen. Die von der Republik übersandte Fahne wurde in Procession von Piazza del Popolo nach dem Capitol gebracht, mehrere tausend Mann Truppen, darunter das schwarze Corps, welches aus Venedig zurückgekehrt ist, folgten mit 6 Stück Geschütz, auf dem Platz vom Capitol wurde eine Rede gehalten, kurz an Aufwand von Mitteln war kein Mangel — allein es fehlte das geistige Band.

— Zwischen Vich und S. Hippolyt kam es am 7. Januar zwischen der Insurrections Armee unter Cabrera und den k. Truppen in Catalonien zu einem mörderischen Treffen, dessen Sieg sich die k. Truppen zuschreiben. Cabrera mußte das Feld räumen und hat die Flucht ergriffen. Dieser letzte Theil bedarf noch der Bestätigung.

Florenz, den 10. Jan. Heute eröffnete der Großherzog die Kammern. Er versprach in seiner Eröffnungsrede, daß Toskana sich der Unabhängigkeitspolitik aller übrigen Italienischen Staaten gänzlich anschließen wolle.

Turin, den 13. Jan. Der König hat eine Commission niedergesetzt, welche, aus savoyischen Notabeln bestehend, sich mit den Bedürfnissen Savoyens beschäftigen soll.

## Ostindien.

Der Independance belge zufolge hat die neueste Ostindische Post folgende wichtige Nachrichten mitgebracht: 1) die Nachricht von dem Abfall der Indischen Truppen und dem Umsturz der Britischen Autorität in Peschawur; 2) die Nachricht von der Niederlage eines Theils der Armee des Mulradsch bei einem Angriff auf das Englische Lager: 3) die Nachricht von der Entdeckung einer Verschwörung zu Calcutta, die zum Zweck hatte, alle Europäer zu ermorden und einen Indischen Kaiser auf den Thron zu setzen, der über alle Besitzungen der Kompagnie herrschen solle.

## Locales.

Posen, den 30. Januar. Die beklagenswerthen Störungen, welche das Wahlgeschäft in der Stadt Posen an mehreren Stellen erlitten, sind, nach dem, was man darüber hört, einfach dadurch entstanden, daß die Herren Wahl-Commissarien hie und da es nicht verstanden haben, die Zahl der Stimmberechtigten zu kontrolliren und das Eindringen Fremder, Unberufener in die Versammlung abzuwehren. Hätte man überall, wie z. B. im achten Wahlbezirk, die Veranstaltung getroffen, daß jeder, der nach der Liste aufgerufen wurde, einen Stimmzettel erhielt und in einen abgesonderten Raum gewiesen wurde, der folgende Stimmzettel aber nur denen gegeben wurde, die den ersten abgegeben, hätte man ferner eine Controlle an der Thür für die Ab- und Zugehenden eingerichtet, so hätte man eine Sicherheit gehabt, daß nur die in den Bezirk gehörigen Urwähler zur Abstimmung gelangten. Statt dessen hat in vielen Bezirken ein Ab- und Zuwogen von ganz unberufenen Personen ohne alle Controlle stattgefunden, ja man sagt, daß die Polnischen Urwähler, welche an der einen Stelle ihre Niederlage voraussahen, sich in die Versammlung eines andern Bezirks eingedrängt haben. So kann man sich allerdings nicht wundern, daß die größten Unordnungen vorgefallen und daß es endlich unter den erbitterten Parteien hier und da zu Thätlichkeiten, ja zum Blutvergießen gekommen ist.

Im 2. Wahlbezirk (Odeum) wurde ein Artillerist durch einen Messerhieb über dem Auge, ein Anderer durch einen Stich in die Hand verwundet. Der Unfug durch das Eindrängen fremder Stimmzettelgeber — auch Frauenzimmer und Kinder trieben sich im Saale umher — wuchs immer mehr, während die siegende Partei, trunken über die Triumphe, welche ihnen auch noch durch eine muthwillig herbeigeführte Zersplitterung auf der anderen Seite unverhofft bereitet werden, der beabsichtigten Purifikation des Saales lärmenden Widerstand entgegen setzte. So mußte dann das Wahlgeschäft unterbrochen, der Akt geschlossen werden. Nicht viel besser ging es im 5. Wahlbezirk her (Luisenschule), wo dieselbe Partei, über ihre Niederlagen erbittert, mit blinder Wuth so argen Scandal aufrührte, daß militairische Hülfe herbeigezogen und die Verhandlung unterbrochen werden mußte. Auch im 18. Wahlbezirk (Rathhaus) kam es zu Thätlichkeiten; mit Fäusten und Stöcken wurde blutig argumentirt. Ueberraschend ruhig verlief der Wahlakt im 6. Bezirk (Marien-Gymnasium) wo man bei der fast gleichen Stärke der Parteien sich auf Reibungen noch am ehesten gefaßt machen mußte. Das anfängliche chikanöse Auftreten einiger Schreier aus der Mitte unserer Gegenpartei wirkte nicht eben beruhigend; daß die Befürchtungen nicht in Erfüllung gingen, ist daher allerdings nur dem dort durchgängigen Sieg der Gegenpartei zuzuschreiben. Daß ihnen aber dieser dort zufiel, haben wir der Lauigkeit unserer Deutschen Urwähler zu verdanken; es fehlten ihrer bei Anfang der Verhandlung nicht weniger als 36; noch mehr aber dem Verrath einiger Elenden, die sich durch Geld und Branntwein von unsern Gegnern erkaufen ließen und dann durch Zettelschreiben für den Abfall weiter Propaganda machten. Unter diesen Niederträchtigen sollen sich auch einige Bürgerwehrmänner befinden, deren Ausstoßung aus der Bürgerwehr bereits beantragt ist. Es wird aber gut sein, auch ihre Namen zu veröffentlichen und sie der allgemeinen Verachtung ihrer Deutschen Mitbürger Preis zu geben. Die Verachtung des Polnischen Bürgers besitzen sie ohnehin; denn den Verräther benutzt man, tritt ihn aber mit Füßen, wenn man ihn gebraucht hat.

[Für den hier folgenden Theil ist die Redaction nicht verantwortlich].

Ein „**Deutscher Bruder**" — man sagt, es soll Herr von Schreeb seyn — hat im 2ten Wahlbezirk am 22sten d. M. die Einigkeit der Deutschen gestört. Die Folge war der Sieg der Polnischen Brüder und die Störung des ganzen Wahlgeschäfts. Was denkt Ihr, lieben Deutschen Brüder, von **diesem Deutschen Bruder?**

An der gestrigen Wahlhandlung betheiligten sich im 6. Bezirk nicht: aus der Wasserstraße: Hoffmann, Caro, Wolff, Schal, Meyer, Dietrich, Lehmann, Schott, Epbinder, Dittmann, Eibich, Dietze, Schönwitz, Wilhelm, Rosenberg, Nitzig, Levy, Präger, Katz, Abrahamsohn, Lindner, Rosenstein, Präger, Joachim; aus der Taubenstraße: Thieme, Behl, Moral; aus der Thorstraße: Kern, Damsch, Obst, Schulz, Richter; aus der Allerheiligenstraße: Urban, Teubert, in Summa 33 Urwähler. Die erste Abstimmung zeigte, daß es noch zehn deutscher Urwähler bedurft hätte um die Wahl auf deutsche Wahlmänner zu lenken, da aber jene 33 nicht erschienen, erhielten wir 9 polnische und keinen deutschen Wahlmann.

Im Namen vieler Urwähler Dr. Barth.

Druck u. Verlag von W. Decker & Co. Verantw. Redacteur: C. Hensel.